

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1918**

13 (16.1.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85331](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85331)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Bestaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.42 M.; zweimonatlich 2.00 M., durch die Post frei ins Haus 2.28 M.; einmonatlich 1.00 M., durch die Post frei ins Haus 1.14 M. Einzelnummern 10 Pfg. Probeummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restanzeige 75 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Wittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.)

Nr. 13. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | Besta, Mittwoch, 16. Januar 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: | 85. Jahrgang  
Postfachkonto: Hannover 7908. | M. Warelmann, Achternstr. 51, Fernspr. 1032.

### Die „Einigkeit“ der Entente.

Der französische Außenminister Bignon hat in der Kammer eine Rede gehalten, die um mit Sator zu sprechen, sehr tief blickend ist. Hat sie doch nicht nur verstanden, auf wie schwachen Füßen die „Union sacrée“ der französischen Nation steht, sondern überdies auch recht interessante Einblicke in die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Entente-mächte verriet. Bignon war bekanntlich der erste feindliche Staatsmann, der auf das Berliner Friedensprogramm die Antwort und Parole gab: „Zuerst siegen! Herr Bignon glaube wohl mit dieser Antwort etwas besonders großartiges vollbracht zu haben, denn wie er in der Kammer mitteilte, hat er diese seine Rede vom 27. Dezember den Kabinetten in London und Washington mitgeteilt und gleichzeitig dort angefragt, ob die Entente-mächte nicht gemeinsam eine Erklärung auf das russische Friedensultimatum abgeben sollten. Von London und Washington aber hat man abgewartet und es für richtig gehalten, selbst Bignon zu halten und sich durch die früheren Bignons durchzusetzen nicht gebunden zu fühlen.

In Frankreich ist man aber offenbar der Ansicht, daß Lord George und Mr. Wilson etwas ganz anderes gesagt haben, als Herr Bignon, und darum legt auch die französische Kammer begreiflichen Wert darauf, zu erfahren, was auf die Anfrage Bignons von London und Washington eigentlich geantwortet worden ist. Man scheint nach dem Gehörnis Bignons von dem negativen Erfolge seines Schrittes bei den Alliierten das peinliche Gefühl zu haben, daß in London und Washington die französischen Kriegsziele nicht mehr mit der gleichen Wärme und Intensität wie früher hoch gehalten und verteidigt werden; die Franzosen scheinen zu befürchten, daß die treuen Verbündeten am Ende doch nicht bereit sein werden, für Eliaß-Notbringen den Krieg ins endlose fortzuführen. Man besorgt, daß eine solche Stimmung dem Kabinett Clemenceau nicht förderlich sein kann und auch, daß die Minderheit von 118 Stimmen, worunter sich viele radikale Stimmen befinden, in Regierungskreisen schon ernste Besorgnisse hervorzurufen hat.

Die Sozialisten ihrerseits ziehen aus dem Zwiespalt zwischen der Kriegszufassung Bignons und den noch nicht ganz offen eingestandenen Kriegszielen der französischen Regierung den Schluß, daß diese Kriegsziele sehr imperialistischer Natur sein müßten, was besonders aber für die Forderungen Italiens und Rumaniens gelten müßte, da Bignon sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt hat, die mit den verbündeten Staaten noch bestehenden und bindenden Verträge der Kammer bekannt zu geben.

Soviet steht jedenfalls nach den jüngsten Erklärungen Bignons in der französischen Kammer fest, daß die „Einigkeit“ der Entente hinsichtlich der zu verfolgenden Kriegsziele im Grunde erst ist und von den Entente-mächten selbst, wie nicht nur aus der französischen, sondern auch sehr deutlich aus der italienischen Presse hervorgeht, nicht mehr zu behaupten gewagt wird. Denn weniger noch als die Franzosen, können sich die Italiener der bitteren Erkenntnis entziehen, daß Lord George und Wilson für ihre nationalen Aspirationen sich nur sehr matt und dürftig ins Zeug gelegt haben. Das Fatalle dabei ist, daß beide Staatsmänner offenbar ihr Maximalprogramm verkünden wollten und somit eher die Befürchtung gerechtfertigt ist, daß letzten Endes für sie noch weniger abfallen wird, als die Hoffnung, es könne doch noch besser kommen, als es sich anzulassen scheint.

Man darf gespannt sein, wie die sich jetzt unaufhaltsam durchsetzende Erkenntnis von der Unerschöpflichkeit der so lange Jahre in ihnen vorgegaukelten Kriegsziele in den Entente-mächten sich auswirken wird. Daß die führenden Entente-männer die Zeit für den Aufbau ihrer hochfliegenden Kriegsziele politisch für gekommen erachten, ist wohl das sicherste Anzeichen dafür, daß auch sie mit einem nicht mehr fernem Ende des Krieges rechnen und zwar mit einem Ende, das weit davon entfernt ist, die Hoffnungen und Träume zu erfüllen, die mit großer Geißelhaftigkeit in den Willkür der uns feindlichen Länder genährt worden sind.

### Die Friedensverhandlungen.

Witterstimmen zu den letzten Berichten über die Verhandlungen in Brest-Litovsk.

WTB, Berlin, 15. Jan. Die Witter äußern sich an den letzten veröffentlichten Berichten über die

Verhandlungen der Friedensdelegierten in Brest-Litovsk.

In der Täglichen Rundschau wird die Sprache der deutschen Selbstbestimmung und des Verzichtes auf Halbdunkel dankbar anerkannt. Offenbar gebe sich Herr Trozki rednerisch in dem Maß mehr seinem radikalen Dogmatismus hin, in dem die Empfindung in ihm und seinen Genossen wächst, daß sie vielleicht doch noch dazu bestimmt seien, den jüngsten Tag der Weltgeschichte herbeizuführen.

Der V. l. N. g. meint, es habe sich von vornherein vermuten lassen, daß Herr Trozki eine andere Tonart anschlagen würde, als seine Genossen, die vor ihm allein in Brest-Litovsk die russische Sache zu führen hatten. Er werde sich mittlerweile davon überzeugt haben, daß auch die deutschen Delegierten über andere Register verfügen und daß sie sich nicht scheuen, auf einen Schmelzen anderwärts zu setzen. Die von dem Vertreter der Obersten Heeresleitung geführte Sprache habe den Vorzug der Klarheit, sie möge den Russen gefallen oder nicht. Ob Herr Trozki nach Brest-Litovsk gekommen sei, um es mit uns zu verderben, darüber dürste das russische Volk anderer Meinung sein, das unter allen Umständen auf einen günstigen Abschluß der Verhandlungen rechnet. Sollte es darin enttäuscht werden, so würde die Regierung der Selbstbestimmung die Folgen in erster Reihe zu tragen haben.

In der V. l. N. g. wird ausgeführt: Deutschland konnte niemals daran denken, die von ihm besetzten russischen Gebiete vollkommen zu räumen. Anders liegt die Sache bei den Russen. Ruhland hat in demselben Augenblicke vollen Frieden in dem in dem gütigen Abbruch der Verhandlungen einigt. Es hat in Brest-Litovsk Gelegenheit, sich mit allen seinen Feinden zu gleichen Bedingungen zu einigen. Wir müssen weiter schwer kämpfen nach Westen, Süden und im fernsten Osten. Wechselstücke des Krieges können wir nicht voraussehen. Wir würden leichtfertig handeln, wenn wir den strategischen Vorteil unserer Besetzung im Osten preisgäben und unser Vaterland dadurch taffällig irgendwelchen Gefahren aussetzten. Ruhland kann die von ihm noch besetzten Gebiete räumen, wenn in Brest-Litovsk Frieden geschlossen ist.

Der „Germania“ hofft, die Russen würden einsehen, daß sie mit ihren Ansprüchen vollständig auf dem Holzwege sind.

Der „Vorwärts“ meint, es müsse eine Einigung möglich sein, wenn der gute Wille dazu auf beiden Seiten vorhanden sei.

In der „Volksztg.“ heißt es: Zwischen den Russen und ihren Verbündeten besteht eine gemeinsame Basis; sie scheine in diesen Tagen ins Bankett zu geraten. Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen in Brest-Litovsk gestern nachmittags wieder aufgenommen.

Die „Morgenpost“ sagt: Wir unsererseits können die weitere Entwicklung der Dinge in Ruhe abwarten. Ob es die Russen auch können, darüber müssen sie sich klar werden; nach dem, was wir über die Zustände im Hinterlande und an ihrer Front wissen, scheint es so, daß sie es nicht können.

Die „Post“ schreibt: Die deutschen verantwortlichen Stellen denken nicht daran, die deutschen Truppen Hals über Kopf an die aldische Grenze zurückzuziehen, nur damit die jetzt in Estland eingetretene Anarchie dort alle Verhältnisse trübe und dann irgendwelche unkontrollierbaren Volksabstimmungen unmögliche und sinnwidrige Zustände schaffen.

### Der Kampf gegen Italien.

#### Der deutsche Abendbericht.

WTB, Berlin, 15. Jan., abends. (Antifisch.) Zwischen Brenta und Piave vielfach heftiger Feuerkampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

#### Der österreichische Tagesbericht.

WTB, Wien, 15. Jan. Antifisch wird verlautbart:

Die Italiener der Brenta und dem Monte Verica ging der Italiener nach hinter, gelungene zu Trummelwerk geführter Artillerie-Überleitung zum Jänner-Angriff über. Nach sehr heftigen Kämpfen gelang es dem Feinde, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Am Gegenstand wurde er jedoch aus diesen getrieben. Am ganzen Angriffsraum ist die vorderste Kampflinie voll in unserm Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste.

An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Dorsian rasch zum Stehen gebracht. Der Chef des Generalstabes.

### Die Luftflotte.

#### Der bayerische Fliegerleitnant Max Müller tödlich verunglückt.

Wie aus München berichtet wird, ist der bayerische Fliegerleitnant Max Müller, Ritter des Ordens Pour le mérite, bei der Jagdstaffel 16, in der Nähe von Combray nach seinem 38. Luftflieger infolge Flugzeugfehlers tödlich verunglückt und so unbefreit für das Vaterland gefallen.

### Frankreich.

#### Die Angelegenheit Caillaux.

In Genf, 15. Jan. Eine Sabotage bedingt den Einbruch der französischen Deputiertenkammer, daß die Verhaftung Caillaux weniger eine Folge des Ergebnisses der Untersuchung ist, als die politische Entscheidung und Entschärfung Clemenceaus. Der von den Freunden Caillaux der „Liberté“ zufolge angeführte bewohnte Widerstand hat nicht stattgefunden. Caillaux genießt im Gefängnis keinerlei Bevorzugungen. Allgemein verläutet, daß das angeblich in einer Welt zu freizugehende Befehlsgesetz nur ein Wort für die Verhaftung ist. Die Frage der Gerichtshöflichkeit ist noch immer ungeklärt. Allerdings ist die Meinung vorherrschend, daß Caillaux vor ein Kriegsgericht gestellt wird. Nach einer Späteren Zeitungsmeldung stehen neue Verhaftungen in der Caillaux-Angelegenheit bevor.

Genf, 15. Jan. „Suisse“ berichtet, daß Caillaux in Brest-Litovsk verhandelt hat, die sich auf seine angeblichen persönlichen Verhandlungen mit Brest-Litovsk-Wächtern nach dem Freisensfall von Agadir beziehen sollen. Caillaux, der es im Laufe des Tages abgelehnt hatte, Preisvertreter zu empfangen, hat dementselbst der Agentur Stefani durch seine Frau volkends berufliche lassen: „Ich weiß nicht, darauf die Deckung des Kaiserreiches zurückzuführen ist, der offenbar auf Antrag der französischen Justiz von den italienischen Behörden geöffnet ist. Der Schwank enthält nur Bilder und Schmuckgegenstände unserer Familie, die mir oder meinem Wanne gehören. Es handelt sich nicht um ein angelegtes der trübsigen Lage notwendige Maßnahme. Mein Mann hat den Schwank zum letzten Male im Oktober 1916 geöffnet, also mehrere Monate vorher, bevor er in Rom konspiriert haben soll. Im übrigen wundere ich mich, daß die Deckung ohne die geleglich vorgelegte Gegenwart eines Vertreters meines Mannes vor sich ging.“ — Das Blatt sagt dann selbst zu der Angelegenheit: „George Clemenceau hat gestern eine der wichtigsten Entscheidungen getroffen. Clemenceau eröffnete den hunderttausendfachen Prozess in diesem Sinne, er übernimmt die höchste und tragische Verantwortung. Dem „Recht Journal“ zufolge soll das diplomatische Ausrüstung, das Caillaux Verhaftung beantragte, aus Buenos Aires stammen, wo Caillaux gelegentlich einer Reise nach Argentinien u. a. auch mit dem General Arguburg in Beziehungen gestanden haben soll. Es soll ein an die deutsche Regierung abgeleiteter Dokument vorliegen, aus dem hervorgeht, daß Caillaux sich in ähnlicher Weise vorgegangen hat, wie Bolo Pascha. Das Dokument wird in Kürze veröffentlicht werden.“

#### Die Ernährungsorgane.

Basel, 15. Jan. Die am 1. Januar in Frankreich eingeführte Rostkarte hat im ganzen Lande ein friedliches Hervorgehen. Die festgesetzte Tagesration von 200 Gramm täglich ist für französische Verhältnisse ungenügend. Der ganze Vorrat beläuft sich nur noch auf 16 Millionen Doppelentner. Auch in Italien werden die Ernährungsorgane immer dringender. Es müssen noch 40 Millionen Doppelentner aller Getreidearten eingeführt werden; bisher hat man aber trotz aller Anstrengungen des internationalen Getreideamts nur 30 Millionen zugeteilt erhalten.

#### Verhing über Frankreichs Riesenverluste.

Berlin, 15. Jan. Was Reibwort wird gemeldet: General Verhing sagt: Die Armee benötigt viele Monate zur Erreichung ihrer Bereitschaft in Frankreich. Wenn die Franzosen wegspringen, müssen sie die Armee der Alliierten ausfüllen. Die französische Armee habe einen großen Teil der besten Soldaten zu haben, aber Frankreich habe die Mittel, um sie zu ersetzen. Infolge 500 000 Soldaten

waren im Kriege die Tuberkrise. 1.1 Millionen starben im letzten Jahre und nur 300 000 Kinder wurden geboren.

#### Neue Zusammenkunft in Paris.

Genf, 15. Jan. „Daily Mail“ meldet, daß im Laufe der Woche eine neue Zusammenkunft der Premierminister der Entente in Paris stattfinden werde. Es verlautet, daß auch Buchanan nach Paris reisen werde, weil er wichtige Mitteilungen der australischen Regierung an die Entente-regierungen mitbringe.

### England.

#### Das Nahrungsmittelproblem — die Gefahr von 1918.

T.A. In einem „Die Gefahr von 1918“ überzeichneten Artikel weist Horatio Bottomley, „John Bull“ auf eine drohende Revolution in England infolge der Hungersnot hin. Er schreibt: „Neulich habe ich mit Lord Biondia im Lebensmittelministerium gesprochen. „Hier“, sagte er, „wird der Krieg gewonnen werden“ — „oder verloren werden“, erwiderte ich; und nachher, so ist es, das Nahrungsmittelproblem ist die Gefahr von 1918, und was tun wir, um sie zu bekämpfen? Nichts! Und die Gefahr ist die Revolution. Es herrscht eine häßliche Stimmung im Lande, und der Staatsmann, der das nicht weiß, ist ein Narr. Der Boden ist mit weißem Schnee bedeckt; legt uns zu sehen, daß er nicht rot gefärbt wird. Ich bin kein Anglimacher, aber ich lese die Zeichen und Vorzeichen und sehe den alten Demos auf neue die Glieder reden und sich die Augen reiben, und ich möchte ihm im Jaume haften. Ich habe darüber nachgedacht und einen Brief an den Ersten Minister geschrieben, worin ich folgende Stellen finde: „Die Lage ist ernst und das grimmige, haagete Gehen der Hungersnot ruft in den Häutern der Armen. Es liegt zwar keine Gefahr der Hungersnot im Sinne einer Unzulänglichkeit von Nahrung für alle vor, aber es liegt die Gefahr des Hungers — mit allen dazugehörigen Schreden der Revolution — unter den Waffen vor, wenn nicht das ganze Problem der Nahrungszufuhr, des Anbaus und der Verteilung sofort in wirksamer Weise als bisher aufgenommen wird.“ — In weiteren Bemerkungen zu dem Brief jagt Bottomley noch: „Ich schreibe mit dem tiefen Gefühl der Verantwortung, denn ich weiß Dinge, die ich nicht zu sagen wage. Auch Lord George weiß sie. Die Linie, die Hungersnot und Unruhe dominiert, freunt, ist dünn, und wir kommen ihr gefährlich nahe.“

#### Die englischen Verluste im Dezember.

Am. Antwerpen, 14. Jan. Die englischen Verluste im Monat Dezember betragen 3984 Offiziere und 59 031 Mann. Davon fielen 700 Offiziere und 7668 Mann, 233 Offiziere und 3238 Mann starben an ihren Wunden. 354 Offiziere und 4018 Mann werden vermisst. Die englische Marine gibt für Dezember 89 Offiziere und 470 Mann als verloren an.

#### Englands Schiffsflotte.

Kopenhagen, 15. Jan. Der frühere Zinbillord der Admiralität, Lambert, hielt eine auffehrende Rede, in der er erklärte, daß bei Opfer des U-Bootkrieges beinahe 30 Prozent der Schiffsflotte ausmachten. Im Dezember seien bedeutend mehr englische Schiffe vermisst worden, als im November oder in anderen Monaten des Jahres 1917. Im vergangenen Jahre seien dreizehnhundert fünfzig Schiffe vermisst als gebaut worden. Die Ernährungsausfichten seien sehr ernst.

Am. Antwerpen, 15. Jan. Nach der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Daily Telegraph“, daß man in England, um Schiffbau zu sparen, alles Eisen, alles Papier und alle Kleinfabrikteile sammeln und für Kriegszwecke verwenden will. Das Lebensmittelamt hat angeordnet, daß Butter und Margarine mit Karottensäften vermischt werden sollen. Das englische Kriegsvolk, das binnen kurzen eingeführt werden soll, wird 10 Prozent Kartoffelmehl enthalten.

#### Die neue Heeresverfätkung.

Amsterdam, 15. Jan. Im englischen Unterhaus begründete Sir Auckland die neue Verträge zur Vermeidung der Heereskrise. Er beruhte vor allem auf die durch Rußlands Anstreben entstandene Lage. Was zur weiteren Aufklärung

der Amerikaner müße, da Frankreich schon große Opfer gebracht habe, England die Hauptrolle der Kriegführung tragen. Es habe im ganzen 7 1/2 Millionen Menschen für den Krieg zur Verfügung gestellt und augenblicklich ein Heer von mehr als 4 Millionen. Jetzt brauche es mindestens noch 420-450 000 Mann, die aus der bürgerlichen Gesellschaft genommen werden müßten. Sie seien bestimmt zur Vernehmung der See- und Luftstreitkräfte sowie des Landheeres. — Der Gegenstand würde in erster Linie einmütig angenommen. Das neue Manifestation ermahnt die Regierung zur Zurückziehung der Besetzung Belgiens und der Besetzung der Westküste Belgiens, deren mehr als eine Million erteilt sind.

**Der Widerstand der Arbeiter gegen das neue Mannschafsgesetz.**

Rotterdam, 15. Jan. Wegen des neuen Mannschafsgesetzes herrscht unter den englischen Arbeiterparteien lebhaftes Bedauern. Es droht der Arbeiterbewegung große Schwierigkeiten, besonders am Ende, wo die Arbeiter angegriffen haben, daß sie, wenn das Gesetz nicht bis Ende Januar zurückgezogen werde und wenn die Regierung nicht sofort eine internationale Friedenskonferenz einberufe, die Arbeit niederlegen müßten.

Nach dem Londoner Berichterstatter des „Standard“ plant die englische Regierung strenge Maßnahmen gegen diejenigen Arbeiterparteien, die die Forderung von Munition zu erschweren suchen. Es handelt sich um Metallarbeiter, die entgegen den Wünschen ihrer Gewerkschaft, sich der Ausführung der Regierungsanordnungen widersetzen, zur Vernehmung der Heereskräfte die jungen Arbeiter aus den Munitionswerken herauszuholen und durch Kriegesgefahr zu erregen.

**Suoden gegen Thomas und seine Lösung der Rückführung Elsaß-Lothringens.**

WTB. Bern, 14. Jan. „Daily Chronicle“ bringt eine Zuschrift William Endrass, der als Vorsitzender der größten britischen Sozialistenvereine gegen den Antrag von dem gleichen Blatt veröffentlichten Antrag von Albert Thomas über Elsaß-Lothringen, in welchem dieser die Zurücknahme der Provinzen ohne Befragen ihrer Bewohner vorschlägt, Stellung nimmt. Endrass betont, daß Thomas keineswegs die gesamte sozialistische Partei in Frankreich und schließlich deren Mehrheit vertritt, er könne dagegen behaupten, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen England nicht willens sei, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich in den Stand zu setzen, Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen. Die englischen Soldaten fragen, was Elsaß-Lothringen mit dem Krieg und der Befreiung Belgiens zu tun habe. Endrass schließt: Nicht um Elsaß-Lothringens willen haben 5 Millionen unserer Bundesgenossen freiwillig die Waffen ergriffen, nicht darum hat das Land die Militärdienstpflicht über sich ergehen lassen.

**Zur Lage in Russland.**

**Konstituante oder nicht?**

Amsterdam, 15. Jan. Aus Petersburg berichten die Times, daß man die Abweisung Trotskys sehr merke. Der Volkskommissar Krasoff vom Arbeitsministerium erklärte, daß die Konstituante am Freitag zusammenzutreten soll, was von anderer Seite bestritten wird. Sicherheitsrat ließ die Regierung sechs Kräfte und Forscher die Verantwortung, um bei möglichen Unruhen beim Zusammenritt der Konstituante jeden organisierten Widerstand bewältigen zu können. Die Auftragsfrage liegt hauptsächlich im Lebensmittelmangel. — Haas berichtet aus Petersburg, daß die russische Regierung mit Hilfe der Roten Garde 15 Prozent der Arbeiter oder Fabrikanten in die Armee einziehe und sie mit Maschinengewehren ausrüste.

Amsterdam, 15. Jan. Nach Londoner Meldungen wird die russische Regierung der Konstituante ein Ultimatum vorlegen, Rußland als sozialistische Republik und die Entgelnung allen Landes anzunehmen. Die Konstituante wird den Antrag annehmen oder mit den Sowjets, die auf beiden Seiten der Regierung stehen, in offenen Konflikt kommen müssen.

**Der Staatsbankrott.**

Petersburg, 13. Jan. Reuter meldet: Der oberste Rat für das nationale Eigentum hat den Entwurf eines Dekrets zur Amnullierung aller nationalen Anleihen, die von der kaiserlichen und der bürgerlichen Regierung ausgegeben wurden, ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf werden alle ausländischen Anleihen, die im Besitz von Ausländern sind, bedingungslos annulliert. Nur die kurzfristige Anleihe des Schatzamtes und die vom Schatzamt ausgegebenen Renten bleiben gültig.

**Die Stimmung im russischen Heer.**

WTB. Stockholm, 15. Jan. Laut „Nachwächter“ verlassen drei russische Arbeiter- und Pioniere Regimenter die Front und kehrten heim, da weitere Anlagen von Befestigungen nicht mehr nötig seien.

**Verhaftung der Enkente-Kommission in Rußland.**

Petersburg, 15. Jan. Auf Veranlassung des Oberbefehlshabers Krylenko werden alle Agenten der Alliierten aus der Kriegzone zwangsweise weggeführt. In Winst wurden sechs französische Offiziere, die sich dort verhaftet hatten, verhaftet und nach Petersburg gebracht. Alle französischen und englischen Kommissare, die von hier aus durch Funktelegraph die russische Front zu

beeinflussen versuchten, sind verhaftet worden und wurden aus Rußland ausgewiesen.

Kopenhagen, 15. Jan. Nach einer russischen Meldung ist der rumänische Gesandte in Petersburg wegen seiner Unliebe gegen die bolschewistische Regierung verhaftet worden. Die Verhaftung ist die erste Folge der Drohung Trotskys, mit allen Personen, die gegen die Regierung bestanden, kurzen Prozeß zu machen und sie ins Gefängnis zu werfen. Bei den übrigen Ententevertretern in Petersburg herrscht große Besorgnis, namentlich in der französischen und in der italienischen Botschaft, wo man ein ähnliches Vorgehen wie gegen den rumänischen Gesandten fürchtet.

**Abreise der Engländer aus Rußland.**

Stockholm, 15. Jan. Mit dem englischen Botschafter sind auch 60 Industrielle und Fabrikleiter von Rußland abgereist. Man erblickt darin ein Zeichen dafür, daß die Engländer ihre industrielle Tätigkeit in Rußland abbauen.

**Zwischenfälle an der finnisch-russischen Grenze.**

WTB. Kopenhagen, 14. Jan. Wie National-Tidende aus Stockholm meldet, kam es gestern in Tornea zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Soldaten und finnischen Zollbeamten, die die Abschaffung des Paßzuges zum Überübergang der finnischen Grenze anordneten. Die Soldaten verletzten die Finnen von der Zollwache und drohten eine Maschinenpistolempfehlung aufzuführen, falls ein neuer Verstoß gemacht werden sollte, den Paßzugang aufzuheben. Die Finnen ihrerseits ersuchten telephonisch in Uleaborg um Verklärungen. Am Bezirk Åland kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Roten Garde und der Bürgergarde. Die russischen Truppen an der schwedisch-finnischen Grenze führten ein wahres Schreckensregiment. Niemand wagte sich mehr aus dem Hause aus, von den Soldaten überfallen und ausgeplündert zu werden.

**Rückgabe der Åland-Inseln an Schweden.**

Von der schwedischen Grenze, 15. Jan. Haas meldet aus Stockholm: Senator Spinholmd, der zum ersten Präsidenten der finnischen Republik ernannt wurde, erklärte, Finnland werde die Åland-Inseln an Schweden zurückgeben.

**Warenaustausch bei Riga.**

Stockholm, 15. Jan. Ritsch berichtet: Von der Station Segewald ist ein regelmäßiger Automobillieferer nach Riga eingerichtet worden. Die Autos, die durch Soldaten begleitet werden, bringen Rohstoffe nach Riga, vorwiegend solche pflanzlichen und tierischen Ursprungs, sowie Lebensmittel. Aus Riga bringen die Autos große Mengen gemischter Produkte, Farben, Metallzergewichte und Schätze nach Segewald zurück.

**Die Zukunft Armeniens.**

Von der schweizerischen Grenze, 15. Jan. Einer Petersburger Meldung der Haas Agentur zufolge erklärte der Rat der Volkskommissare in einer Versammlung, er habe an der Forderung der Rechte und der freien Unabhängigkeit Armeniens fest. Es seien folgende Bedingungen zu erfüllen, bevor eine Volksabstimmung stattfinden könne: 1. Wahrung Armeniens durch die Alliierten, 2. Schaffung einer armenischen Militärschule, 3. sofortige Rückkehr aller Ausgewanderten und Flüchtlinge, 4. Bildung einer vorläufigen armenischen Regierung durch den auf demokratischer Grundlage gewählten Volksrat der Vertreter des armenischen Volkes.

**Die Zarin geisteskrank?**

Basel, 15. Jan. (Zür. Ztg.) Eine von der „Neuen Korrespondenz“ weitergegebene Depesche aus Rom meldet, daß die frühere russische Zarin geisteskrank geworden sei.

**Amerika.**

**Warum Amerika sparen muß.**

Zürich, 15. Jan. Nach einem Telegramm aus Washington befüllte der amerikanische Lebensmitteldiktator, daß die Alliierten 75-90 Millionen Scheffel amerikanisches Getreide mehr nötig hätten und die schon über den Bedarf in normalen Zeiten hinaus gestiegen seien. Der Minister fordert die amerikanische Öffentlichkeit auf, doppelt sparsam zu sein.

**Einführung fleisch- und käsefreier Tage.**

Von der schweizerischen Grenze, 15. Jan. Der Rat in New York: Diese Woche wird den beiden Häusern eine Gesetzesvorlage unterbreitet werden, die die Einführung je eines fleisch- und fleischlosen Tages vorschlägt. Die Vorlage soll dem Lebensmittelamt die nötigen Vollmachten geben, Beschränkungen eintreten zu lassen.

**Ein Versuch, die Deutschen zu entzweien.**

Amsterdam, 15. Jan. Wie Reuter meldet, hat die Handelskammer der Vereinigten Staaten im Namen einer halben Million der angehefteten Handelsleute Amerikas ein Gesuch eingereicht, worin gesagt wird, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland nach dem Kriege nicht wieder hergestellt werden würden, es sei denn, daß sich Deutschland eine wirklich verantwortliche Regierung schaffe. (Diese Drohung zeigt aufs neue, wie nötig unsere Feinde daran verweisen, uns im eifrigen Kampfe zu befleigen.)

**Verschiedene Nachrichten.**

**Ankunft von Austauschgefangenen aus England.**

Am Samstag sind die deutschen Austauschgefangenen aus England in Rotterdam anlangt.

ment. Unter den Gefangenen befand sich auch Kapitän von Müller, der zum rechte Führer der „Emden“. Die Austauschgefangenen werden in Holland interniert.

**Deutsches Reich.**

**Die preussische Wahlreform im Ausschuss.**

WTB. Berlin, 15. Jan. In der fortgesetzten Aussprache des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wies ein freisinniger Abgeordneter darauf hin, daß die Wahlrechtsvorlage im ersten Zusammenhange siehe mit dem preussischen Kommunalwahlrecht. Auch die Aufgaben der Gemeinden beruhten sich vielfach mit denen des Staates. Die Staatsregierung müsse angeben, inwiefern sie die Ausführung übernehmen wolle. Die Vorlage vom 11. Juli 1917 stelle eine Konzeption an einen Reichstag dar, der am Ende gefehlt habe. Für das Pluralwahlrecht, das der Minister des Innern als konstitutiv bezeichnete, müsse sich ein Schlichter finden lassen. Der Minister des Innern führte aus, er könnte nicht versprechen, es eine abschließende Stellungnahme der Regierung zum Städtewahlrecht erfolgen werde. Erhebungen würden notwendig sein. Es besthe ein wesentlicher öffentlich-rechtlicher Unterschied zwischen der Struktur des Staates und der der Städte.

Auf die Ausführungen eines nationalliberalen Redners wandte sich der Vizepräsident des Staatsministeriums gegen die Auslegung seiner Worte. Er habe es durchaus angedacht, daß, wenn die Vorlage nicht zustande komme, in weiteren Kreisen des Volkes große Enttäuschung entstehen könnte, die dazu beitragen könnte, in diesen Kreisen den Siegeswillen abzuschwächen. In bezug auf die Pluralwahlreform würde die Regierung die Schwere der Entscheidung aus dem gleichen Wahlrecht ergeben können, durchaus. Aber auch das Pluralwahlrecht würde diese nicht gerade erfreulichen Ergebnisse nicht hinabhalten können. Zum Schutze des Deutschlands müsse alles geschehen, was alles möglich ist, um die Wahlen angefaßt werden könne. Nach dem frühesten Elsaß sollte die Vorlage zu zeitig eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen bereits nach dem neuen Gesetz erfolgen könnten. Wenn auch die Wahlreform verbessert werden müsse, so müsse doch sofort nach Eintritt des Friedenszustandes die Ausführung des Landtages erfolgen.

**Wie gelogen wird!**

Ueber eine vertrauliche Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages im Dezember 1917 hat die „Kölnische Zeitung“ eine Zuschrift aus Berlin publiziert, welche in völlig unwarmer Weise über die Ausführungen des Abg. Erberger in dieser Sitzung berichtet. Der Staatssekretär von Süßmann sah sich daraufhin genötigt, an den Vorsitzenden des Hauptauschusses ein Protestschreiben gegen diese Darlegungen zu richten. Namentlich läßt das selbige Blatt sich aus Berlin schreiben.

Bei der am Freitag stattgefundenen Erörterung des Privatvertrages zwischen Deutschen und Russen im Hauptauschuss des Reichstages wurden auch wirtschaftliche Interessen der deutschen Volkswirtschaft berührt. Die Rückgabe der in Rußland beschlagnahmten Unternehmungen, die Gültigkeit unterdrohener Verträge, der Urheber- und Patentschutz, sowie die Valutafrage wurden von den Regierungsvertretern und Abgeordneten behandelt. Der Abg. Erberger nahm bei dieser Gelegenheit Veranlassung, darauf hinzuweisen, den Friedensschluß nicht durch die hier aufgeworfenen Fragen zu verschleppen. Gegen diese Auffassung muß aufs schärfste Protest erhoben werden. Wenn Herr Erberger bemüht ist, durch ungeeignete Rückfälle die Arbeit der deutschen Unterhändler zu lähren, so schädigt er nicht nur die Aussichten unserer allseitigen Verständigung mit Rußland, sondern er erweitert durch sein unbilliges Verhalten in Rußland und im übrigen Auslande einen gefährlichen falschen Schein.

Gegegenüber dieser völlig unwahren Behauptung erwidert uns der Abg. Erberger selbst, daß er laut dem vorliegenden Kommissionsbericht sich ausdrücklich dafür ausgesprochen hat, daß die privatrechtliche Beschäftigung der deutschen Volkswirtschaft, die Beschlagnahme deutscher Vermögens, Inkraftsetzung ununterbrochener Verträge, Urheber- und Patentschutz im Friedensvertrag mit Rußland zu regeln seien. Er hat sogar weiter angeregt, daß die Nachsch-Konvention wiederum in Kraft zu setzen, daß die Frage der Einführung des gregorianischen Kalenders in Rußland zur Sprache zu bringen und daß sämtliche Rechte der Deutschen ausdrücklich zu schützen seien. Rußland müsse auch dafür gemacht werden für die Schäden, welche durch die Unruhen deutschen Bürgern zugefügt worden seien. Er wies nur einem Vorredner gegenüber darauf hin, daß er es nicht für richtig halte, die Frage der allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit beim Friedensschluß mit Rußland aufzuwerfen, da dieselbe nicht allein mit einem Staat allein geregelt werden könne und von Rußland kein Widerstand zu erwarten sei, wenn Deutschland auf einem allgemeinen Friedenskongreß diese Frage regeln werde.

Die Behauptung der Kölnischen Zeitung ist demnach wiederum in allen Punkten unwarhaft. Genau das Gegenteil ist richtig. Durch dieses eine Beispiel wird wiederum gezeigt, in wie unerbittlicher Weise manche Zeitungen über den Abgeordneten Erberger Äußerungen verbreiten.

**Eine Aenderung im polnischen Rats?**

Nach verschiedenen Äußerungen in der deutschen Presse soll nach dem Besuch des polnischen Gesandtschaftsrats in Berlin eine

Änderung in dem Plane der Lösung der politischen Frage eingetreten sein. Man plane namentlich, so wird behauptet, auch in Berlin nicht mehr eine austro-polnische Lösung, sondern eine burzjo-polnische. An zukünftiger Stelle, so wird der Köln. Volksztg. aus Berlin berichtet, wird mit hierzu erklärt, daß von einer Änderung der Auffassungen der maßgebenden Regierungsstellen in Berlin keine Rede sein könnte.

**Der polnische Religionsunterricht in der Provinz Posen.**

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Im Sommer 1917 ordnete, wie bekannt, der Kultusminister an, daß da, wo bisher in den Volksschulen der Provinz Posen nur den der politischen Sprache mächtigen Kindern in der Unterstufe Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wurde, für diese Kinder Religionsunterricht in polnischer Sprache einzuführen sei. Wie wir hören, wurde neuerdings die Regierung in Posen und Bromberg angewiesen, die Durchführung der Maßnahme tunlichst zu beschleunigen und dafür zu sorgen, daß, soweit irgend möglich, von Oftern 1918 ab Religionsunterricht in der Unterstufe der Volksschulen für die Kinder polnischer Muttersprache, die ohne ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache in die Schulen eingetreten sind, beziehungsweise eintreten, in polnischer Sprache erteilt werden kann. — Bisher wurde im Besonderen oder beziehungsweise Anordnung der Religionsunterricht in polnischer Sprache für die nur polnisch sprechenden Kinder der Unterstufe in 130 Schulen der Provinz neu eingerichtet. Da aber in 1400 von 1756 katholischen und paritätischen Volksschulen der Provinz Posen Religionsunterricht auf der Unterstufe auch schon früher in polnischer Sprache erteilt wurde, so empfangen in der Provinz Posen nur die polnisch sprechenden Kinder der Unterstufe diesen Unterricht schon jetzt in 87 Prozent aller katholischen und paritätischen Schulen in der Muttersprache.

**Schutz der abintinenten Jugend im Heer.**

Man schreibt uns aus dem Felde: Vielfach kagen junge Abintinenten, die als Offiziersaspiranten im Heere stehen, daß sie am Offiziersdienst gezwungen seien, mitzutrinken, wenn sie sich nicht Unannehmlichkeiten bei gewissen Vorgezogen oder gar Schwierigkeiten bei der Beförderung aussetzen wollten. Auf eine solche Beschwerde hin hat nun der Preuß. Kriegsminister unterm 14. Dezember 1917 (Weis. Nr. 260/12, 17. R. M.) verfügt: „Ich halte es für unerantwortlich, wenn Vorgezogene junge Leute gegen ihren Willen zum Trinken veranlassen und in der Enthaltsamkeit einen Grund zur Angeinheit nach dem Offizier sehen. Solcher Auffassung muß entschieden entgegengetreten werden. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die durch übermäßiges Trinken entstehenden Schäden gerade für die jungen Aspiranten besonders gefährlich sind und ihre ganze Zukunft untergraben können.“ — Diese Verfügung ist übrigens schon 1910 durch S. M. den Kaiser in einer Ansprache an die Fähnriche der Marine in Mülwik in demselben Sinne entschieden worden.

**Witzanzer v. Payer.**

Stuttgart, 15. Jan. Der Gesundheitszustand des Witzanzers von Payer hat sich so weit gebessert, daß er voraussichtlich in diesem Monate nach seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen kann.

**Das Ergebnis der Bepredungen in Berlin.**

Berlin, 15. Jan. Die Bepredungen der militärischen und politischen leitenden Persönlichkeiten beim Kaiser haben, wie die Woz. Ztg. schreibt, zu einer Klärung der gegenseitigen Auffassungen geführt, die man als politischen Waffenstillstand bezeichnen kann. Die Bepredungen haben sich auf den Oftern wie auf den Westen bezogen. Bezüglich des Westens ist eine volle Einigung zwischen der politischen und militärischen Leitung erzielt worden. Bezüglich des Ostens hat man sich vorläufig mit der Aufstellung von Richtlinien begnügt. Endgültige Entscheidungen werden in demnächstigen Verhandlungen mit den weiteren Verhandlungen in Brest-Litovsk nicht vorgehen will. Hier Personaleränderungen in den leitenden Stellen ist bis auf weiteres nicht die Rede. Wie geltend in der Umgebung des Reichstanzers das Gefühl von einer politischen Erkränkung des Grafen Hertling gesprochen wurde, soll dieser lächelnd gesagt haben: „Ich habe mich noch nicht gefinder gefühlt.“

**Keine neuen Instruktionen für v. Kühlmann.**

Berlin, 15. Jan. Der Hauptauschuss des Reichstages befragt heute zuerst die kammereigenen Bergeklungsmaßnahmen gegen Frankreich. Von mehreren Rednern wurde betont, daß man gegen die Franzosen nur mit scharfen Mitteln etwas durchdrücken könnte. Ein Abgeordneter regte an, die Regierung solle eine Deklaration vorlegen, dann würde sich zeigen, inwieweit höher die humane Gefinnung der Deutschen gegenüber der der Franzosen liege. Es entspann sich dann eine kurze Gesprächsunterbrechung, da von sachrührlicher Seite angeregt war,



Jämmtliche Ausstattungsküde bis auf ein Piano und andere recht schwere Gegenstände fort, ohne daß einer der übrigen Hausbewohner irgend etwas Auffälliges bemerkt.

Münster, 15 Jan. Am Sonntag nachmittag wurden der Eisenbahnkassierer in Tepe von hier in Walden Kopf und Beine abgehauen.

Wiesefeld, 13 Jan. Der, wie mitgeteilt, im Alter von 56 Jahren hier verstorbenen Kommerzienrat Dr. H. Decker, der Begründer der weitbekanntesten Backpulverfabriken, stellte seine reichen Geldmittel mit offener Hand für Zwecke sozialer Fürsorge und zur Förderung der Wissenschaft zur Verfügung. So stiftete er neben anderen reichen Zuwendungen für die kommunale Fürsorge der Stadt Wiesfeld vor 4 Jahren 100 000 Mark für das Institut für experimentelle Therapie in Dablin, auch war er Mitglied des Kaiser-Wilhelms-Instituts. Decker war seit einer Reihe von Jahren der erste Steuerzahler in Wiesfeld, bei der letzten Einkommensteueranlagung läßt er sich mit einem Einkommen von 4 Millionen Mark ein. Wie sehr seine Einkünfte während des Krieges gewachsen sind, geht aus der Tatsache hervor, daß Decker an Besitz- u. Kriegsgewinnsteuer nicht weniger als 7 Millionen Mark zu zahlen hatte.

zu Dessau, 12 Jan. Der Oberbürgermeister Dr. Goebing in Dessau ist wegen der gegen seine Geschäftsführung erhobenen schweren Vorwürfe vom Amt zurückgetreten. Vor einigen Wochen wurde aus dem Rathaus über Mittag in der Lebensmittellabteilung eine Kaffee mit 9000 M. gefast. Der genaue Betrag war wegen ungenügender Buchung nicht genau zu ermitteln. Ein Sekretär wurde verhaftet, und erst dabei wurde festgestellt, daß dieser 70 bis 80 000 M. untermischung hatte. Inzwischen ist auch ein Obersekretär verhaftet worden. In mehreren erregten Stadtordnungsinstanzen, an denen auch ein Vertreter der Staatsregierung teilnahm, kam es dann zu schweren Vorwürfen gegen den Oberbürgermeister Dr. Goebing der seit 20 Jahren an der Spitze Dessaus steht. Der Gemeinderat sprach ihm öffentlich Tadel aus, weil er bei der Verwaltung der krisenwirtschaftlichen Lebensmittellabteilung unangemessene Preisaufschläge, bis zu 100 Prozent nicht verhindert hat, weil er Stadtordnerte verunglimpft und mit aller Macht die militärische Einberufung eines sozialdemokratischen Stadtordnerten, der ihm unangenehm war, angestrebt hatte.

**Dermisches.**

**27 „Fliegen“ in einer Klappe.**

Ein salomonisches Urteil fällt ein Landrat in Kreflingerode. Ihm waren von seinem Väter arbeitslose Weiden gehalten. Auf seine Aufforderung in den Kreflinger Zeitungen, daß die betreffenden Weiden sich bei ihm melden sollten, damit der Sache sein gerichtliches Nachsicht folge, meldeten sich nicht weniger als 27 Einwohner der benachbarten Ortschaften. Sie mußten nun insgesamt eine Buße von 400 M. an das Rote Kreuz zahlen.

**Für eine Zigarre: neun Mark.**

In einem Frankfurter Gasthof hatte, laut Post 3, ein Gast eine „Hobana“ geraucht, für die er 9 Mark bezahlen mußte. Das Schöffengericht verurteilte den Geschäftsführer, der sich darauf berief, daß die Zigarre jetzt im Einkauf 450 M. koste und daß ein Aufschlag von 100 Prozent im Hotelgewerbe durchaus üblich sei, wegen Preiswunders zu 50 M. Geldstrafe. An derselben Zigarre, an der im Frieden bei einem Aufschlag von 100 Prozent 2 M. verdient worden seien, dürften jetzt infolge des erhöhten Einkaufspreises nicht 450 M. verdient werden. Der Prozentsatz müsse eben entsprechend heruntergesetzt werden.

\* Reiche Heringsfänge im Skagerrak und Ostsee. In der Gewässer vor dem Nord- und Ostsee geht gegenwärtig ein unerwartlich Heringsfänge nieder. Eine Flotte von Heringsfängern ist im Skagerrak und Ostsee eingetroffen, wohl über 300 Motordampfer, die mit dem Fang begonnen und in der kurzen Zeit ihres Aufenthalts in den dortigen Gewässern bisher etwa 110 Millionen Heringe gefangen haben. Und jeder Tag bringt neue Millionen hinzu.

\* Der Schreckensweg der Post. Der Berichterstatter der „Daily News“ in Nord-China berichtet, daß die Post innerhalb der ersten 6 Wochen 300 Meilen fortgeschritten ist und bereits Japan und die Eisenbahn von Peking nach Santsan erreicht habe. Der Berichterstatter erklärt, daß der Gouverneur von Santsan sich weigere, Vorkehrungsmahne zu leisten.

\* Für 1 1/2 Millionen Mark Stoffe beschlagnahmt. In den letzten Tagen wurden in Berliner Geschäften Stoffe angeboten, die man zum größten Teil schon ganz vom Markte verschwunden glaube. Die Kriminalpolizei ging den Spuren nach und ließ zu-

nächst auf einen Schneidermeister aus Alt-Moabit, der deutsche und englische Friedenswaren angeboten hatte. Beamte durchsuchten seine Wohnung und fanden drei Zimmer mit den wertvollsten Stoffen verpackt. Das Gesamtgewicht des Meisters hat einen Wert von einer halben Million Mark. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte es und verhaftete den Mann.

\* Errichtung einer hamburgischen Universität. Der bürgerliche Ausschuss, der sich mit der Frage der Ausgestaltung des Vorlesungswesens und des Kolonialinstituts zu einer selbständigen, der Forschung und der praktischen Ausbildung gewidmeten Anstalt zu beschäftigen hatte, hat am Sonnabend einen Antrag auf Errichtung einer Universität in Hamburg mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen.

**Neueste Nachrichten.**

**Die U-Bootbeute: Ein englischer Zerstörer und 24 000 Tonnen.**

tu. Berlin, 16 Jan. (Draht.) Amtlich. Neue U-Bootbeute im Mittelmeer: Ein englischer Zerstörer und 24 000 Br.-R.-L. Handelschiffsräum.

Am 30. Dezember hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant zur See Obermiller, vor Alexandria einen großen Bewaffneten, durch Fischdampfer und einige Torpedobootszerstörer hart gefährdeten Transportschiff verhaftet und darauf in seinem Angriff den Torpedobootszerstörer verhaftet. Der Transportschiff hatte nach Beobachtungen des U-Bootes fastbar ausfischlich zwei englischer an Bord.

Unter den übrigen von unsern U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bzw. die Engländer im Orient bedingt hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern geführter Transportschiff von etwa 5000 T. sowie zwei mittlere Dampfer, die aus Genua herangefahren wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**Die Schwierigkeiten in Brest-Litowsk.**

tu. Wien, 16 Jan. (Draht.) Das heutige „Freundenblatt“ schreibt in einem Leitartikel, in Brest-Litowsk werde eine mühsame und schwierige Aufgabe gestellt. Aus den veröffentlichten Meldungen und Bulletin ergibt sich vielleicht nicht so vollständig, wie unendlich schwierig die Aufgabe ist, das wieder aufzubauen, was ein dreijähriger erdärmungsloser Krieg zerstört hat.

**Befestigung des Ankaufs von Guyana durch Amerika.**

tu. Genf, 16 Jan. (Draht.) Woff. St. Sabas meldet aus New York, daß die Vereinigten Staaten Holländisch-Guyana angekauft haben.

**Die vergebliche englische Geschäftspropaganda in Rußland.**

tu. Haag, 16 Jan. (Draht.) B. J. Der Temps-Korrespondent bringt aus Petersburg einen Bericht über die innere Auflösung in Rußland und die unerträglichen Verhältnisse in der Hauptstadt. Alle unsere Anstrengungen, den Boden zu einer Erweiterung des Handels auf russischen Märkten vorzubereiten, werden, wie ich fürchte, vergeblich gewesen sein. Trotzdem kann von der englischen Propaganda in Rußland gesagt werden, daß sie unserer Regierung beträchtliche Kosten gemacht hat. Diese Propaganda beschäftigt sich hauptsächlich mit dem russischen Soldaten, die sich aber demgegenüber lieber im Großen und ganzen vollkommen gleichgültig verhalten haben.

**Deutscher Tagesbericht.**

WTB. Großes Hauptquartier, 16. Januar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Heeresgruppe des Kronprinzen. Bei und südlich von Lens war die Artilleriekämpfe gefestigt. In einzelnen Abschnitten Erhaltungsgeschehen. Südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Der 9. Albrecht von Württemberg. Nach mehrwöchiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Verdun über den Ardennen vordringend in unsere vorderen Gräben ein. Gleiche Aufmarschsituationen trafen in den oberen Bogenen Gefangene ein.

Westlicher Kriegsschauplatz. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mazedonische Front. Im Carnabon erhöhte Beschäftigung.

Italienischer Kriegsschauplatz. Zwischen Brenna und Blau stattfand lebhafter Feuerkampf, mit besonderer Heftigkeit im Gebiet des Monte Molone. Die Italiener hoben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Deca wiederholt; sie wurden abgewiesen.

In dem Bogen Abschnitt nördlich von Montello verfeuerte sich das englische Artilleriefeuer. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Verantwortlicher Schriftleiter: O. Thole, Besta, Druck und Verlag: Westdeutscher und Verlag, G. m. b. H. (M. Sommerfeld, Verleger), Besta.

**Nur kurze Zeit!**  
**Zirtus Althoff,**  
**Oldenburg,**  
**Dood's Etablissement.**  
Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr,  
**große Sportvorstellung**  
mit extra ausgewähltem Programm.  
Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr,  
**Clown- und Komiker-Vorstellung.**  
Sonntag, den 19., und Sonntag, den 20. Januar, finden täglich  
**2 Vorstellungen**  
statt.  
Vorverkauf von vorn. 10 bis nachm. 4 Uhr im Zigaretengeschäft Niemeier.  
Großherzoglich Oldenburgisches Amt, Besta, 10. Jan. 1918.  
**Bekanntmachung.**  
Das Probieramt Oldenburg wünscht dringend, sobald wie möglich, Heu anzukaufen. Anmeldungen sind dorthin zu richten.  
Makulatur-Papier zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Kaufe jedes Quantum Spirituosen**  
(auch Postposten). Preise sind inkl. Glas und Verpackung frei Verpackung zu stellen.  
Angebote mit Alkoholgehalt unter Sp. 100 an die Expedition d. Bl.  
**Tierarzt Bargums**  
gelegentlich geprüfte  
**Viehheilungspulver**, wirksam. Ungestörtes Mittel bei allen Gausieren, wobei auf der großen Landwirtsch. Preisung, Jubiläums-Ausstellung in Königsberg von der Landwirtsch. Akademie mit einem Diplom ausgezeichnet.  
Keine Wahnungen! Keine Gefährdungen mehr! Das Pulver empfohlen von vielen tausend angesehenen Landwirten! Zu haben in den Niederlagen. Wo nicht vert. ein, liefern direkt. Entgelt von: Th. Neuhaus, Varel.  
**Zu vermieten**  
eine große, geräumige **Oberwohnung** zum 1. Mai. Nachfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.  
Die höchsten Preise für **Geflügel und Kaninchen** erhalten Sie stets bei **D. Borchers, Besta.**  
**Kaufe ständig Kaninchen, Enten, Hähne usw.** zu guten Preisen. **Aug. Coors, Besta.**

**Tücht. Mädchen** gesucht für Küche u. Hausarbeit.  
**Frau Dr. Birrenbach, Münster i. W., Audgerich.**  
Für das Maßhilfenstück zu Münster wird für möglichst bald ein **braves, tücht. Mädchen** für Hausarbeit gesucht. Meldungen bei **Frau Altemüller, Klosterstr. 6, 7 Münster i. W.**  
**Katholisches junges Mädchen** sucht Stellung für sofort oder später. Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.  
Gesucht zum 1. Mai ein tüchtiges, katol. **Mädchen** für Haus- u. etwas Landarbeit gegen guten Lohn. Selbige hat eine Kuh und 2-3 Schweine mit zu versorgen. Nachfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.  
Suche auf sofort und zu Mai mehrere **Mädchen.** **Frau Richterstein, Besta.**  
Für einen Diener aus der Schule entlassenen Knaben wird eine **Lehrstelle** als **Bäder- und Konditor** bei einem tüchtigen Meister gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.  
Suche zu April eine **Wohnung** mit Garten- und Ackerland außerhalb der Stadt. Mietpreis 200-300 M. Angebote unter **R. V. 500** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Die Stadt beschließt einen Bestand  
**Kiefernholz,**  
ca. 600 Festmeter, zu verkaufen. Der Bestand liegt sehr günstig zur Abfuhr, unmittelbar an der Staatschiffahrt Wechta-Bohne. Die Kiefernmenge zur nächsten Bahnstation beträgt ca. 2 km. Das Holz wird auf Verlangen vom Stadtdienstmann in Wechta vorgelegt. Gebote sind bis zum 22. Januar 1918 beim Magistrat schriftlich einzureichen. Verkaufsbedingungen können gegen 30 Pf. in Briefmarken vom Magistrat bezogen werden.  
Besta, den 1. Januar 1918.  
**Der Stadtmagistrat, Berding.**  
Auf den Verkauf Thole am Donnerstag wird **1 hochtragende, milchgebende Kuh,** 11 Jahre alt, und **1 3jährige, hochtragende Luene,** im März fallend, mit verkauft.  
**Ostendorf, Dinklage.**  
Am **Sonabend, dem 19. Januar,** nachmittags 1 Uhr, läßt der Herrmann S. Wämann zu Gastrop wegen Tierbefalls **1 Milchkuh, 1 4 Monate altes Kalb, 2 Milchziege, 30 Hühner, 2 Hähne, 2 Anrichten mit Glas, 1 Kleiderschrank, 1 Brotschrank, 3 Tische, 1 Duzend Stühle, 1 Kochmaschine, 1 Mantelstempel, 2 Fien, 1 Schieb-larre, 1 Handwagen, ein Quantum Kohl, Lunkeln und Steckrüben, 1000 Pfd. Heu, 2-3000 Pfd. Stroh, verschiedene Töpfe, Pfannen, Forken und Spaten und was sich sonst noch im Haushalt vorfindet;**  
ferner **1 Torfstall und 1 Schweinestall zum Abbruch** öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.  
**Goldensfeld, D. Scheele.**  
zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Meldebarten für Hilfsdienstpflichtige eingetroffen. Mündliche Meldungen haben bis zum 21. d. Mts. zu erfolgen.  
Besta, den 15. Januar 1918.  
Stadtmagistrat.  
**Prima Speise-Salz**  
Liefert prompt jedes Quantum  
**Ernst Lohrengel,**  
Oldenburg, Telefon 1416.  
**Codes-Anzeige.**  
Montag, den 14. Januar, morgens 3 Uhr entfällt laut im Fern im Volksrecht zu Bremen, wo er Stellung von langem, schwerem Leiden suchte, mein lieber Mann, unter guter, treuergebender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwiegersohn, Bruder und Schwager,  
**Hotelbesitzer Julius Bitter**  
im 65. Jahre seines Lebens, wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und bereichert mit dem hl. Erbesakramenten. Wir bitten um ein Gebet für den lieben Verstorbenen.  
Bohne i. D., den 15. Januar 1918.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Franziska Bitter**  
geb. Deamlage.  
Die Beerdigung findet Montag, den 21. Januar, morgens 10 Uhr in Bohne vom Kranzengasse aus statt.  
Womöglich zugehörigen Beileidsbesuchen tolle man absehen.